

GERHARD WETTIG (KOMMEN/HUNSRÜCK)

Konrad Adenauers Besuch in Moskau im September 1955: Konsens und Dissens zwischen UdSSR und DDR

Die Bundesrepublik Deutschland verfolgte seit ihrer Gründung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) eine Politik der Westintegration. Adenauer hoffte, durch eine Hinwendung zu den Westalliierten könne die Bundesrepublik nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands zu einem gleichberechtigten Bündnispartner aufsteigen. Die Bindung an die Westmächte wurde – insbesondere nach dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 – durch die USA forciert, die auf ein Verteidigungsbündnis mit Deutschland nicht verzichten wollten. Als die Bemühungen Frankreichs um eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit Italien, den Beneluxstaaten und der Bundesrepublik scheiterten und damit auch die von Adenauer gestellte Vertragsbedingung einer Anerkennung der vollen Souveränität der Bundesrepublik offen blieb, fand sich die Lösung im Inkrafttreten der Pariser Verträge¹ im Mai 1955, in denen auch der Beitritt der Bundesrepublik in die NATO besiegelt wurde. UdSSR und DDR hatten an die Westdeutschen appelliert, einen anderen Weg zu wählen, und nachdrücklich vor den Folgen gewarnt. Daher kam das sowjetische Angebot vom Juni 1955 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen für die Bundesregierung unerwartet. Rechtzeitig vor dem 50. Jahrestag der Verhandlungen zwischen Adenauer und der Sowjetführung in Moskau im September 1955 hat Werner Kilian dazu eine auf den Bonner Akten beruhende Monographie vorgelegt.² Der nachstehende Aufsatz stellt auf der Basis von Archivalien aus Moskau und Ost-Berlin dar, welche Probleme sich in diesem Zusammenhang für die DDR im Verhältnis zur Führungsmacht UdSSR ergaben.

Im Bemühen, die Bundesrepublik von der Ratifizierung der Pariser Verträge und damit vom Eintritt in die NATO abzuhalten, hatte die sowjetische Regierung nicht nur auf die Einheitsparolen früherer Jahre zurückgegriffen. Am 15. Januar 1955 wies sie darüber hinaus gemäß der seit Anfang 1954 verfolgten Zwei-Staaten-Politik auf

¹ Die Pariser Verträge beendeten das Besatzungsstatut von Westdeutschland, verliehen der Bundesrepublik die (durch Vorbehaltsrechte der Alliierten eingeschränkte) Souveränität und beschlossen den Beitritt der Bundesrepublik in die NATO.

² Kilian, Werner: Adenauers Reise nach Moskau. Hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Freiburg i. B. 2005.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Abb. 1: Außenminister Vjačeslav Molotov (rechts) begrüßt Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) am 8. September 1955 auf dem Flughafen Vnukovo bei Moskau. In der Bildmitte der sowjetische Ministerpräsident Nikolaj Bulganin.

ihr gutes Verhältnis zur DDR hin und stellte den Westdeutschen die Aufnahme »normaler« Beziehungen in Aussicht. Das könne »gleichzeitig zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und zum Suchen erfolgreicher Wege zur Lösung der Aufgabe der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beitragen.« Die Offerte galt ausdrücklich nur bei Ablehnung der Pariser Verträge.³ Nachdem das Anbieten nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hatte, folgte eine heftige Polemik gegen die »Revanchisten« und »Kriegstreiber« in Bonn. Als die Bundesrepublik in der ersten Maihälfte in die NATO aufgenommen und als Antwort darauf der Warschauer Pakt gegründet wurde, schien man in Moskau endgültig auf einen gegnerischen Kurs gebracht.

Es überraschte daher allgemein, dass die sowjetische Regierung Adenauer am 7. Juni zu Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer, kommerzieller und

³ Erklärung der sowjetischen Regierung vom 15. Januar 1955, in: Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch gesamtdeutsche Wahlen. Dokumente und Akten. II. Teil: November 1953 bis Dezember 1955, Bonn 1958, S. 185–188, hier S. 188.

kultureller Beziehungen nach Moskau einlud.⁴ Dieser Politikwechsel samt dem Umstand, dass sich die mächtige UdSSR um die weit schwächere Bundesrepublik bemühte, lässt auf ein ungewöhnlich großes Interesse auf Seiten der Sowjetunion an der Eröffnung einer Botschaft in Bonn schließen.

Welche Erwartungen Nikita Chruščev, seit Anfang des Jahres der entscheidende Mann im Kreml, damit verband, erläuterte er der SED-Führung in einem Schreiben vom gleichen Tag. Er ging davon aus, dass »sich in der letzten Zeit in politischen und Geschäftskreisen Westdeutschlands die Aktionen für die Herstellung normaler Beziehungen zur Sowjetunion verstärkt« hätten. Mithin werde eine »Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland in Westdeutschland das Wachstum der Bewegung gegen die bestehende Abhängigkeit der Bonner Regierung von den USA fördern und eine Unterstützung für die Kräfte sein, die für die Durchführung eines unabhängigeren außenpolitischen Kurses eintreten.« Auch wenn Bonn das sowjetische Angebot ausschlage, werde dieses nützlich sein, denn es werde auf jeden Fall »die Verstärkung der Bewegung in Westdeutschland für die Herstellung direkter Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland fördern und dort die Unzufriedenheit mit der heutigen Politik [der Westintegration] der Regierung verstärken«.⁵

Die angestrebte Aufnahme diplomatischer Beziehungen lief zwar auf eine Anerkennung des Zustandes hinaus, der mit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO geschaffen worden war, sollte aber durch die in Bonn errichtete Botschaft längerfristig Einflussnahmen ermöglichen, welche die Westdeutschen allmählich zur Distanzierung vom Westen veranlassen würden. Dementsprechend stand in den folgenden Jahren die sowjetische Politik insgesamt, besonders aber der Appell an die Öffentlichkeit der Bundesrepublik, unter der Leitparole, die gegeneinander gerichteten Bündnisse müssten durch ein gemeinsames »System europäischer Sicherheit« ersetzt werden. Dahinter stand die Absicht, einen Schlag

⁴ Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, III. Reihe. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1961, S. 76–80; Zagorskij, Andrej V. (Hrsg.): *Vizit kanclera Adenauera v Moskve 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy* [Der Besuch von Kanzler Adenauer in Moskau 8.–14. September 1955. Dokumente und Unterlagen]. Hrsg. vom Moskauer Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Moskau 2005, S. 28–33; Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij (Universitet)/MID Rossii (Hrsg.): *Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždu SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov* [Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD. Sammlung von Dokumenten und Unterlagen], Moskau 2005, S. 177–180.

⁵ Nikita S. Chruščev an das ZK der SED vom 7. Juni 1955, in: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der früheren DDR im Bundesarchiv (im Folgenden SAPMO-BArch), DY 30/3503, Bl. 8–12; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes – Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der früheren DDR (im Folgenden PA-MfAA), NY 4090/472, Bl. 301 f.; Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii (Archiv der Russischen Föderation für Außenpolitik, im Folgenden AVPRF) f. 06, op. 14, p. 13, d. 184, Bl. 48 f.

gegen die NATO zu führen, die auf das Territorium und das Truppenkontingent des westdeutschen Mitglieds angewiesen war. Wie man im Kreml meinte, zog bereits die Aufnahme von Beziehungen zwischen Bonn und Moskau, die den Wünschen der Westmächte widerspreche und zu weiteren Schritten der Annäherung führe, Spannungen in der westlichen Allianz nach sich und verstärkte Neigungen der Bundesrepublik zur Abkehr vom Westen.⁶ Chruščev, der nach den Erfahrungen mit der Weimarer Republik an ein starkes wirtschaftliches Interesse der Bundesrepublik am Osthandel glaubte, schrieb daher führenden Sozialdemokraten und Industriellen die Bereitschaft zu, sich um guter Beziehungen zur UdSSR willen gegen Adenauers »einseitige« Westorientierung zu wenden.⁷ Aufgrund namentlich »positiver Veränderungen in der SPD«⁸ hielt er einen baldigen Kurswechsel in Bonn für möglich.⁹ Wachsende Opposition werde Adenauers Westpolitik die Rechtfertigung entziehen. Zudem werde die UdSSR durch das westdeutsche Osthandelsbedürfnis in die Lage versetzt werden, nicht nur den Handelsaustausch zwecks dringend benötigter Einfuhren zu erweitern, sondern auch großzügige Kredite und technologisches Know-how zu erhalten.¹⁰

Die Offerte der UdSSR an die Bundesrepublik Deutschland war mit erheblichen Zumutungen für die DDR verbunden. Ungeachtet dessen, dass deren zentrale Interessen berührt wurden, war keine Konsultation vorausgegangen; die SED-Führung wurde über das Angebot erst unterrichtet, als es schon vollendete Tatsache war. Von einer Gegenleistung der westdeutschen Seite für den diplomatischen Zugang zur Führungsmacht des sozialistischen Lagers – einer äußerst wichtigen Erweiterung des Bonner Handlungsspielraums, wie Adenauer sofort erkannte – war nie die Rede. Der Wunsch der Ost-Berliner Akteure nach politischer Bestätigung durch formelle Kontakte zu Westdeutschland blieb damit unberücksichtigt, obwohl der Kreml das seit Juni 1948 stets gefordert hatte.¹¹

⁶ Schreiben des Botschafters König aus Moskau vom 4. März 1957, in: PA-MfAA, A 3010, Bl. 79.

⁷ Zubok, Vladislav M.: Soviet Policy at the Geneva Conference, 1955, in: Bischof, Günter/Dockrill, Sakri (Hrsg.): Cold War Respite. The Geneva Summit of 1955, Baton Rouge, La. 2000, S. 66 f.

⁸ Die SPD befürchtete, dass die Westintegration die Teilung Deutschlands weiter vertiefe, und sprach sich daher gegen die Pariser Verträge aus.

⁹ Obzor ekonomičeskogo i političeskogo položennja Germanskoj Federativnoj Respubliki i Zapadnogo Berlina v 1955 godu [Übersicht über die wirtschaftliche und politische Lage der Deutschen Bundesrepublik und West-Berlins im Jahr 1955] vom 21. Februar 1956, in: AVPRF, f. 0742, op. 1, p. 1, d. 1, Bl. 2–4. Der Hinweis auf den Wandel in der SPD bezieht sich vor allem darauf, dass u. a. der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer den »Paulskirchen-Appell« unterstützte, der im Blick auf eine erhoffte Wiedervereinigung für einen Verzicht auf die Westverträge plädierte.

¹⁰ Chruščev, N. S.: Vremja, ljudi, vlast' [Zeiten, Menschen, Macht], Moskau 1999, Bd. 2, S. 236; Zubok: Soviet Policy (Anm. 7), S. 62.

¹¹ Die erste Stellungnahme, die den – seitdem in wechselnden Varianten unterbreiteten – Vorschlag enthielt, war die Warschauer Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albanien,

Chruščev wusste, dass aufgrund des in Bonn erhobenen Anspruchs auf nationale Alleinvertretung dort erhebliche Widerstände gegen die Aufnahme von Beziehungen zur UdSSR zu erwarten waren und wollte seinen Vorschlag nicht an Bedingungen scheitern lassen, welche die Bundesregierung als unannehmbar betrachtete. Er war sogar bereit, deren »Ja« mit einer Zusicherung zu honorieren. In Westdeutschland standen die in der Sowjetunion zurückgehaltenen Kriegsgefangenen im Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie waren zwar nach sowjetischer Auffassung rechtmäßig verurteilte Kriegsverbrecher, doch löste Chruščev die Straflager im Zuge der Entstalinisierung zunehmend auf und war daher auch zu ihrer Freilassung bereit, nachdem die österreichischen Gefangenen schon im Herbst 1953 nach Hause geschickt worden waren.¹²

Bereits am 14. Juli 1955 fasste das Präsidium des ZK der KPdSU den Beschluss, auch die deutschen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu entlassen.¹³ Das betraf Personen aus beiden Staaten, nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch der DDR. Chruščev teilte der SED-Führung die Absicht mit, »während der bevorstehenden Verhandlungen mit dem Kanzler Adenauer über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland zu [...] klären, dass die Frage der ehemaligen Kriegsgefangenen, die für ihre gegen das Sowjetvolk begangenen Verbrechen Strafen verbüßen, von den zuständigen sowjetischen Instanzen geprüft wird und eine günstige Entscheidung in dieser Frage zu erwarten ist.« Nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen habe man vor, »5 614 deutsche Bürger, darunter 3 708 Kriegsgefangene, 1 906 Zivilpersonen und 180 Generale der ehemaligen Hitlerarmee von der weiteren Strafverbüßung zu befreien und sie entsprechend ihrem Wohnsitz nach der DDR oder nach Westdeutschland zu repatriieren.« Weitere 3 917 Personen sollten wegen der Schwere ihrer Untaten auf sowjetischem Gebiet den Behörden des jeweiligen deutschen Staates als Kriegsverbrecher übergeben werden.¹⁴

In dem Schreiben hieß es zwar, man wolle die Frage mit der SED-Führung vor den Verhandlungen mit Adenauer erörtern und bitte um ihre Meinung, doch als das SED-Politbüro seinem Einverständnis die Ankündigung hinzufügte, die DDR

Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns vom 24. Juni 1948, in: Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza. Dokumenty i materialy. 1948 god. Čast' pervaja: Janvar'–ijun' 1948 goda [Die Außenpolitik der Sowjetunion. Dokumente und Unterlagen. Das Jahr 1948. Erster Teil: Januar–Juni 1948], Moskau 1950, S. 238–248; Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1957, Bd. 1, S. 183 f.

¹² Prozumenščikov, Michail: Nach Stalins Tod, in: Karner, Stefan/Stelzl-Marx, Barbara (Hrsg.): Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge, Wien 2005, S. 733 f.

¹³ Mitteilung von Aleksej Filitov, der Einsicht in das Sitzungsprotokoll hatte.

¹⁴ N. S. Chruščev an das ZK der SED vom 14. Juli 1955, in: SAPMO-BArch, NY 4090/472, Bl. 301 f.; Ihme-Tuchel, Beate: Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 53 (1994), S. 459 f.

werde die ihr übergebenen Personen auf der Grundlage ihrer eigenen Gesetze aburteilen, gestand ihr der Kreml diese Handhabung nicht zu. Der sowjetische Botschafter weigerte sich, diese Antwort entgegenzunehmen, und das ostdeutsche Politbüro sah sich genötigt, den Beschluss des Kreml ohne Bemerkungen zu akzeptieren.¹⁵ Chruščev lehnte eine weitere Bestrafung der Gefangenen ab, um das Verhältnis zur Bundesrepublik nicht zu belasten. Im weiteren Verlauf mutete er Walter Ulbricht noch mehr zu. Um das Ziel der Beziehungsaufnahme nicht zu verfehlen, sah er sich zusammen mit den anderen Kremlführern in den Verhandlungen mit Adenauer genötigt, diesem einen innenpolitisch verwertbaren Erfolg zuzugestehen. Die Freilassung der Gefangenen, die zwar von Anfang an vorgesehen, aber als besondere Geste sowjetischer Großzügigkeit gedacht gewesen war, die sowohl dem Bundeskanzler die Annahme des sowjetischen Vorschlags unausweichlich erscheinen lassen als auch in der Öffentlichkeit Sympathien für die UdSSR hervorrufen sollte,¹⁶ wurde nun zu einer direkten Gegenleistung für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.¹⁷ Auch wenn diese Übereinkunft nicht schriftlich fixiert wurde, bezeugte ihre unwidersprochene Erwähnung durch den westdeutschen Regierungschef auf einer Pressekonferenz in Moskau¹⁸ und in weiteren Stellungnahmen¹⁹ eindeutig, dass sie existierte. Nachträgliche Versuche der UdSSR und der DDR, die Gefangenenfreigabe den Bemühungen der SED-Führung zuzuschreiben, scheiterten. Der allgemeine Eindruck, dass der Bundeskanzler die Gefangenenfreigabe erreicht habe, stärkte dessen außen- und innenpolitische Position enorm.

¹⁵ Entwurf eines Schreibens des ZK der SED an N.S. Chruščev vom 28. Juli 1955, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/244 Bd. 1, o. Bl.; Ihme-Tuchel: Die Entlassung (Anm. 14), S. 452 u. 460; Schreiben des ZK der SED an N.S. Chruščev vom 4. August 1955, in: ebenda, S. 461; Borchard, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955, Düsseldorf 2000, S. 240 f.

¹⁶ Anders als Kilian, der aus dem sowjetischen Willen zur Freigabe der Gefangenen folgert, die Verhandlungen darüber seien Spiegelfechtereie gewesen, ging es in der Auseinandersetzung um eine ernstliche Sache, nämlich darum, wem das Verdienst gebühre. Das räumt letztlich auch Kilian ein, wenn er schreibt, dass die sowjetischen Führer aufgrund des von ihnen akzeptierten Ergebnisses dem Bundeskanzler erlaubten, »als strahlender Sieger nach Bonn zurückzukehren«. Kilian: Adenauers Reise (Anm. 2), S. 301–304.

¹⁷ Die Protokolle der Verhandlungen bei Zagorskij: Vizit kanclera (Anm. 4), S. 116 f., 129 f., 133 f., 144 f. u. 160–162. Hierbei handelt es sich um die Akten des Auswärtigen Amtes. Zur sowjetische Gegenüberlieferung siehe ebenda, S. 124–128, 131 f., 135 f., 137–143, 146–152 und Moskovskij gosudarstvennyj institut/MID: Ustanovlenie (Anm. 4), S. 91–103, 109–119, 123–134. Siehe auch die Darstellung bei Kilian: Adenauers Reise (Anm. 2), S. 169–171.

¹⁸ Wortlaut der Pressekonferenz Bundeskanzler Adenauers vom 14. September 1955, in: Zagorskij: Vizit kanclera (Anm. 4), S. 195 f.; Soobščenie o press-konferencii K. Adenauera [Mitteilung über die Pressekonferenz K. Adenauers], in: ebenda, S. 198 f.

¹⁹ Ebenda, S. 203–205 u. 215 f.

Für die SED-Führung, die Adenauer als ihren Hauptfeind betrachtete, war allein schon dies eine schwere Niederlage. Die negative Bilanz vergrößerte sich noch durch die statusrechtlichen Entscheidungen. Der Kanzler bewog die sowjetischen Verhandlungspartner zudem mit einer Finte zur Hinnahme des Bonner Alleinvertretungsanspruchs und Friedensvertragsvorbehalts. Er behauptete, die Vereinbarung über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedürfe der Zustimmung des Bundestages. Dieser aber werde ein negatives Votum abgeben, wenn beide Positionen nicht gewahrt würden.²⁰ Die Regierung der UdSSR betonte zwar anschließend, dass nach ihrer Auffassung die Bundesrepublik nur ein Teil Deutschlands sei, dem die DDR als anderer Teil gegenüberstehe, und dass die Grenzen endgültig festgelegt seien und der westdeutsche Staat nur auf dem eigenen Territorium eine Jurisdiktion ausüben könne.²¹ Dennoch akzeptierte sie mit der Hinnahme beider Bonner Standpunkte, dass die Bundesrepublik die Legitimität der DDR weiterhin in Frage stellte. Auf dieser Grundlage konnte die Bundesregierung die so genannte Hallstein-Doktrin²² entwerfen und praktizieren, die in der Folgezeit die diplomatische Anerkennung der DDR durch andere Staaten blockierte. Die sowjetische Regierung übergang dies in ihren Stellungnahmen mit Schweigen.²³

Ungeachtet aller Enttäuschungen sah sich die SED-Führung veranlasst, dem sowjetischen Vorgehen uneingeschränkt zuzustimmen. Sie machte sich zugleich die Erwartung zu Eigen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Bonn werde in der Bundesrepublik einen politischen Umbruch einleiten. Der Akzent wurde jedoch anders gesetzt. Nach der Analyse, die für das SED-Politbüro erstellt wurde und der Unterrichtung der Auslandsvertretungen in den sozialistischen Ländern diente,²⁴ gebührte das Verdienst an der Bonner Bereitschaft zur Aufnahme der Beziehungen zur UdSSR nicht der SPD, sondern der KPD und den bürgerlichen westdeutschen Politikern im Schlepptau der SED. Mit der sowjetischen Einschätzung stimmte lediglich überein, dass auch »bestimmte

²⁰ Siehe die Protokolle der einschlägigen Verhandlungen, Vereinbarungen und Stellungnahmen. Die deutschen Dokumente sind einsehbar ebenda, S. 162–164, 172–174, 182–184, 189, 201, 207 f., 216–218 u. 223. Zur sowjetischen Gegenüberlieferung ebenda, S. 165–171 u. 175–181 und Moskovskij gosudarstvennyj institut/MID: Ustanovlenie (Anm. 4), S. 147–174. Siehe zudem die Darstellung bei Kilian: Adenauers Reise (Anm. 2), S. 191–202.

²¹ Bevollmächtigte TASS-Erklärung vom 16. September 1955, in: Zagorskij: Vizit kanclera, (Anm. 4), S. 20 f.

²² Zur »Geburtsstunde« der Hallstein-Doktrin während der Rückreise aus Moskau siehe Kilian: Adenauers Reise (Anm. 2), S. 202–205.

²³ Nikolaj A. Bulganin an K. Adenauer vom 24. September 1955, in: Zagorski: Vizit kanclera (Anm. 4), S. 224 f.; Moskovskij gosudarstvennyj institut/MID: Ustanovlenie (Anm. 4), S. 205; Note der sowjetischen Botschaft in Paris an die westdeutsche Botschaft in Paris vom 30. September 1955, in: ebenda, S. 206–208; Zagorski: Vizit k nanclera (Anm. 4), S. 230 f.

²⁴ Analyse der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und der westdeutschen Bundesrepublik in Moskau 9.–13. September 1955 vom 20. September 1955, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/226, Bl. 19–48; PA-MfAA, A 17600, Bl. 1–29.

Teile der westdeutschen Großbourgeoisie, die aus wirtschaftlichen Gründen am Handel mit der Sowjetunion interessiert sind«, dazu beigetragen hätten. Demnach war die Annahme des sowjetischen Angebots durch die Bundesregierung primär dem Einfluss zu verdanken, den die SED-Führung ausgeübt hatte. Eine positive Rolle der Sozialdemokraten wurde gänzlich in Abrede gestellt. Sie seien die ersten gewesen, die auf den, wie es hieß, von der Öffentlichkeit allgemein begrüßten Vorschlag der UdSSR hin Bedenken geäußert hätten, dass es künftig zwei deutsche Botschafter in Moskau geben könne. Die »rechte SPD-Führung« habe in einer offiziellen Stellungnahme ihre Übereinstimmung mit der Ablehnung eines europäischen Sicherheitssystems (das nach sowjetischer Ansicht die NATO ersetzen sollte) durch Adenauer zum Ausdruck gebracht und sich mit besonderer Verve für die Wiedervereinigungsvorstellungen des Westens eingesetzt. Carlo Schmid, den der Bundeskanzler als Mitglied der sozialdemokratischen Opposition mit nach Moskau genommen hatte, wurde sein Eintreten für die deutschen »Kriegsverurteilten« während der Verhandlungen zum Vorwurf gemacht. Ihn traf auch der gegen alle Delegationsmitglieder gerichtete Vorwurf, dass keiner von ihnen »schon einmal bewiesen« habe, »für den Frieden und die Verständigung eingetreten zu sein.«

Nach Ost-Berliner Ansicht setzte der Kreml mithin auf die falschen Partner in der Bundesrepublik. In der Begründung kam der Ärger über das politische Entgegenkommen zum Ausdruck, das die sowjetischen Führer dem Bundeskanzler gegenüber gezeigt hatten. Adenauer sei bestrebt gewesen, »als einziger Repräsentant ganz Deutschlands aufzutreten und demzufolge die Deutsche Bundesrepublik als rechtmäßigen und alleinigen Nachfolgestaat des Deutschen Reichs hinzustellen.« Er sei überhaupt »nicht zur Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen bereit« gewesen, sondern habe diese »von zwei Bedingungen abhängig« gemacht: der »Freilassung der Kriegsverbrecher« und der »Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne der deutschen Imperialisten« – mit dem Ziel, diese Beziehungen zu verhindern. Der Bundeskanzler war demnach allein darum nach Moskau gereist, weil ihn der »zunehmende Druck breiter Bevölkerungskreise in Westdeutschland, die gute und friedliche Beziehungen zur Sowjetunion wünschen,« dazu gezwungen habe. Aus der Tatsache, dass die Verhandlungen mit der Aufnahme von Beziehungen endeten, wurde der Schluss abgeleitet, er habe »eine mehrfache Niederlage erlitten«. »Seine Politik der Stärke« sei »kläglich zusammengebrochen«. Dass die Bundesrepublik im Gegensatz zur DDR eine diplomatische Vertretung im Lager der Gegenseite erhielt, wurde ebenfalls zu einem Sieg umgedeutet. Die UdSSR habe »zwei deutsche Staaten anerkannt« und damit den Bonner Alleinvertretungsanspruch hinfällig gemacht. »Die wachsende internationale Autorität der DDR und ihre ständige Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten« hätten »die Angst und die Befürchtungen Bonns« vergrößert. Auch Adenauers Erfolg, die Befreiung der

Gefangenen mit seinem Namen verbunden zu haben, wurde in dieser Beleuchtung zur Niederlage: Die UdSSR habe die Absicht durchkreuzt, die Verhandlungen an der Bedingung der »Freilassung der Kriegsverbrecher« scheitern zu lassen.

In Wirklichkeit wusste die SED-Führung freilich, dass sie – und nicht die Bundesregierung – sich auf der Verliererseite befand. Das brachte Ulbricht zum Ausdruck, als er wenig später bei Chruščev darauf drang, die Regeln der Vorauskonsultation zu beachten. »Was die Beziehungen zwischen unseren Ländern betrifft, so sprechen wir die Bitte aus, dass bei solchen Fragen, wie es die Zurückführung verurteilter Kriegsgefangener war, also Fragen, die mit Westdeutschland in Verbindung stehen, sowie Fragen des Abschlusses von Handelsverträgen mit der Bonner Bundesrepublik vorher eine Konsultierung mit uns erfolgt.«²⁵ Noch deutlicher äußerte der SED-Chef seine Unzufriedenheit, nachdem Chruščev in Moskau gestürzt worden war. Zwar erklärte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik für prinzipiell richtig, doch sprach er mit Bitterkeit davon, dass das sowjetische Vorgehen für die DDR »sehr unangenehm« gewesen sei.²⁶ Wenn Ulbricht sich dennoch 1955 zu uneingeschränkter Zustimmung veranlasst gesehen hatte, dann zeugt dies nicht von selbstloser Solidarität mit der sowjetischen Führungsmacht, sondern davon, dass er damals noch keinen direkten Widerspruch wagte. Später, als sein Selbstbewusstsein gewachsen war, löckte er zu wiederholten Malen gegen den Moskauer Stachel und ließ die Männer im Kreml seinen Autoritätsanspruch spüren. Damit schaffte er freilich nicht die Tatsache aus der Welt, dass das SED-Regime wegen seines Legitimitätsdefizits bei der Bevölkerung auch innenpolitisch total auf den Schutz der UdSSR angewiesen war und sich daher grundlegende Konflikte mit der Hegemonialmacht nicht leisten konnte. Die daraus erwachsende Diskrepanz zwischen Ambition und Realität führte schließlich zu Ulbrichts Sturz: Brežnev entschied sich im Frühjahr 1971 für Honecker, den er leichter zu lenken hoffte.

²⁵ Beratung N. S. Chruščev – W. Ulbricht o.D. [Anfang Januar 1956], in: SAPMO-BArch, DY 30/3473, Bl. 81.

²⁶ Gespräch W. Ulbricht – V. S. Semenov vom 17. Januar 1967, in: SAPMO-BArch, DY 30/3520, Bl. 6, 9 u. 13.